



# INFODIENST

## Neues aus Landespolitik und Liga

### INHALT

### SEITE

<b>LANDESPOLITIK UND LIGA</b> .....	<b>3</b>
Aus der Arbeit des Liga-Vorstands .....	3
Liga-Expertise "Rolle der Freien Wohlfahrtspflege in der integrativen kooperativen Sozialplanung" .....	3
Freiwillige Dokumentation der Sozialpsychiatrischen Dienste 2017 .....	3
Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur sozialräumlichen Gestaltung von Pflege- und Unterstützungsstrukturen (Landespflegestrukturgesetz -LPSG) .....	3
Förderprogramm „Gemeinsam in Vielfalt III“ .....	4
Gesetzesentwurf zum Werbeverbot von Außen- und Kinowerbung für Tabakerzeugnisse .....	5
Liga Stichtagserhebung 2017 .....	5
Bedarfsgerechte Förderung der Integrationsarbeit für geflüchtete Menschen .....	5
Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft .....	5
<b>AWO</b> .....	<b>7</b>
AWO lehnt soziales Pflichtjahr ab .....	7
Gute-Kita-Gesetz – Bund muss stärker in die Pflicht .....	7
Gemeinsamer Aufruf: „Hände weg von den Rentenbeiträgen für pflegende Rentner*innen“ .....	8
Tag der berufstätigen Eltern – AWO fordert mehr Respekt und Unterstützung für berufstätige Alleinerziehende .....	8
AWO fordert Mietpreisbremse dringend zu reformieren .....	9
Ausbildungsstatistik – Mehr geflüchteten Jugendlichen Ausbildung ermöglichen .....	9
<b>DER PARITÄTISCHE</b> .....	<b>10</b>
Aus der Jugendhilfe in ein eigenständiges Leben .....	10
Bundesweiter Aktionstag der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) am 20.09.2018 .....	10
„Pakt für gute Bildung und Betreuung“: Der PARITÄTISCHE warnt vor Parallelstrukturen und fordert eine vom Land finanzierte, flächendeckende Fachberatung .....	11

Riesiger blauer Würfel auf Bismarckplatz kündigt Freiwilligentag am 15. September an.....11

**DIAKONIE BADEN..... 12**

„Einfach ein gutes Gefühl“ .....12

„Richtig gut – aber nur auf den ersten Blick“ .....12

Starkes Engagement für die Hospizarbeit .....12

Gegen irrationale Stimmungsmache.....13

Einzigartiges Angebot.....13

Asylpolitik statt Mitmenschlichkeit.....14

**DIAKONIE WÜRTTEMBERG ..... 15**

Philippinen: Hilfe für Taifun-Opfer läuft an.....15

Württembergisches Wort zur Interkulturellen Woche 2018: „Vielfalt verbindet“ .....15

„Ohne Spurwechsel verschenken wir Potenzial“ .....16

Positive Arbeitsmarktentwicklung mit Schattenseiten .....16

Spenden für Brot für die Welt bleiben stabil .....17

Freie Ausbildungsstellen in der Hauswirtschaft für diesen Herbst.....17

Neuer Landespsychiatrieplan kann auf Sozialpsychiatrische Zentren setzen.....18

**CARITAS FREIBURG ..... 18**

Caritas bittet um Spenden .....18

**CARITAS ROTTENBURG-STUTTGART..... 19**

Caritas bittet um Spenden .....19

Freiwilligendienste starten ins neue Kursjahr.....19

Caritas Baden-Württemberg schreibt 30. Journalistenpreis aus .....19

100 Jahre Adoptionsvermittlung: Frauen, die ihr Kind zur Adoption frei geben, sind keine Rabenmütter .....20

Spender aus Württemberg unterstützen weltweit Menschen in Krisengebieten .....21

**DRK ..... 21**

Einladung zur 50. Landesversammlung des DRK-Landesverbands Baden-Württemberg e.V. am 29. September 2018.....21

DRK warnt vor zahlreichen Härten durch die Umsetzung der Landesheimbauverordnung.....22

**TERMINE ..... 22**

Marktplatz „Inklusion leben“ .....22

LAK Aktionswoche Armut bedroht Alle.....22

# LANDESPOLITIK UND LIGA

## [Aus der Arbeit des Liga-Vorstands](#)

Mitte September traf sich der Vorstand der Liga in Freiburg zur ersten Sitzung nach der Sommerpause. Die Vorbereitung von fachpolitischen Gesprächen und Veranstaltungen und die Abstimmung und der Umgang mit Stellungnahmen und Positionspapiere wurden beraten. Einen Teil der Veröffentlichungen finden Sie nachfolgend.

## [Liga-Expertise "Rolle der Freien Wohlfahrtspflege in der integrativen kooperativen Sozialplanung"](#)

Im Oktober 2017 führte die Liga ihren 5. Expertenkongress unter dem Titel „Integrative kooperative Sozialplanung als Herausforderung beim Aufbau sorgender Gemeinschaften aus der Perspektive einer älter werdenden Gesellschaft“ durch. Gleichzeitig hatte die Liga eine Expertise bei Prof. Dr. Dr. Schubert/Sozial • Raum • Management – Büro für Forschung und Beratung in Hannover zur Rolle der Freien Wohlfahrtspflege in der integrativen kooperativen Sozialplanung in Auftrag gegeben. Erste Ergebnisse wurden beim Kongress vorgestellt – die Liga hat nun die Expertise veröffentlicht – hier können Sie den Text herunterladen

[DOWNLOAD EXPERTISE](#)

## [Freiwillige Dokumentation der Sozialpsychiatrischen Dienste 2017](#)

Seit über 30 Jahren legt die Liga einen Jahresbericht zu Zahlen und Fakten zur Arbeit der SpDi in Baden-Württemberg vor. Die SpDi beteiligen sich weitgehend an dieser freiwilligen Dokumentation. Die SpDi sind zuständig für psychisch erkrankte Menschen, die auf Grund der Art, Schwere und Dauer ihrer Erkrankung unter seelischen Behinderungen und sozialen Beeinträchtigungen leben.

Den Jahresbericht mit Kernaussagen, Daten und Fakten finden Sie hier.

[DOWNLOAD DOKUMENTATION](#)

## [Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur sozialräumlichen Gestaltung von Pflege- und Unterstützungsstrukturen \(Landespfllegestrukturgesetz -LPSG\)](#)

Sehr geehrte Frau Dr. Postel,

wir danken für Ihr Schreiben vom 25.07.2018, mit dem Sie den Verbänden der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg die Möglichkeit einräumen, eine Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zur sozialräumlichen Gestaltung von Pflege- und Unterstützungsstrukturen (LPSG) abzugeben. Gleichzeitig bedanken wir uns für zugestandene Verlängerung der Anhörungsfrist.

## Vorbemerkungen

Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass das LPSG in seiner inhaltlichen Ausrichtung den Hauptfokus auf den Pflege und Unterstützungsbedarf für ein Leben im gewohnten häuslichen Umfeld setzt und dabei - ausgehend von den spezifischen Bedarfen der Individuen - den Fokus auf die Schaffung notwendiger Angebote und Angebotsstrukturen in den jeweiligen Sozialräumen setzt. Ein Augenmerk soll dabei auch auf die Zusammenarbeit und Koordination der in einem Sozialraum relevanten Akteure gerichtet werden. Diese grundsätzlich zu begrüßende Zielrichtung wird leider nur auf sehr allgemeinem Niveau in Gesetzestext überführt und bleibt damit an vielen Stellen unspezifisch. Insofern finden sich im Gesetzesentwurf auch nur wenige bis keine konkreten Umsetzungsvorgaben und keine für Planungen im Sozialraum notwendige Rahmenbedingungen.

Die komplette Stellungnahme können Sie hier nachlesen:

[DOWNLOAD STELLUNGNAHME.pdf](#)

## Förderprogramm „Gemeinsam in Vielfalt III“

Für das Förderprogramm „Gemeinsam in Vielfalt III“ des Ministeriums für Soziales und Integration hat die Liga wieder eine der insgesamt vier Projektbegleitungen übernommen. Im Rahmen des Programms werden bis zum 30.09.2019 landesweit rund 70 Projekte von Kommunen und freien Trägern gefördert, die Maßnahmen zur Integration von Migrant\*innen und Geflüchteten durchführen. Zwölf dieser Projekte - schwerpunktmäßig die von freien Trägern getragenen - werden dabei von der Liga beraten und unterstützt.

Mit dem Förderprogramm soll das zivilgesellschaftliche Engagement in der Arbeit für und mit Menschen mit Migrationshintergrund unterstützt und Beteiligung gefördert werden. Im Vordergrund steht dabei das Zusammenwirken von unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren mit dem Ziel, das Zusammenleben gemeinsam mit Geflüchteten und Migrant\*innen zu gestalten. Neue Formen des Bürgerschaftlichen Engagements in Quartier und Sozialraum sollen dazu beitragen, eine langfristige Integration vor Ort zu ermöglichen.

Die Projekte selbst verfolgen unterschiedliche Ansätze. So erhalten in einem Projekt geflüchtete Mütter mit Kleinkindern die Möglichkeit, die Deutsche Sprache (mit dem Schwerpunkt "Kind und Erziehung") zu lernen. Zeitgleich werden die Kinder ehrenamtlich betreut und kindgerecht an die deutsche Sprache herangeführt. An einem anderen Projektstandort soll in einem Quartier, das sich städtebaulich erheblich verändern wird, ein lebendiges Netzwerk nachbarschaftlicher Unterstützung aufgebaut werden. Dazu sollen die Kontakte zwischen Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen und verschiedener Herkunft mit verschiedenen Maßnahmen gefördert werden. Ein weiteres Projekt widmet sich der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Besonders Frauen sollen gefördert werden, um ihnen bessere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Geplant sind dafür unter anderem Begegnungen mit Fachkräften und eine gezielte Sprachförderung.

## [Gesetzentwurf zum Werbeverbot von Außen- und Kinowerbung für Tabakerzeugnisse](#)

Im September wird im Bundestag über das Werbeverbot für Tabak debattiert: die Landesstelle für Suchtfragen wendet sich mit einem Schreiben an die Abgeordneten des Bundestags mit der Bitte um Unterstützung dieses wichtigen gesundheitspolitischen Anliegens.

Das Schreiben können Sie hier lesen:

[Schreiben zum Gesetzentwurf zum Werbeverbot von Außen- und Kinowerbung für Tabakerzeugnisse](#)

## [Liga Stichtagserhebung 2017](#)

Die Stichtagserhebung „Frauen und Männer in sozialer Ausgrenzung und Wohnungsnot - Erhebung im Hilfesystem nach §§ 67 ff. SGB XII“ wird durchgeführt von der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V. in Verantwortung des Ausschusses Arbeit und Existenzsicherung Unterausschuss Straffälligenhilfe/Wohnungslosenhilfe.

[DOWNLOAD LIGA STICHTAGSERHEBUNG 2017](#)

## [Bedarfsgerechte Förderung der Integrationsarbeit für geflüchtete Menschen](#)

Die regionale Liga der Wohlfahrtsverbände Ulm / Alb-Donau fordert gemeinsam mit der Stadt Ulm sowie dem Alb-Donau-Kreis eine bedarfsgerechte Förderung in der Integration von Geflüchteten.

Die komplette Forderung an Minister Lucha können Sie hier nachlesen:

[Forderung zur Bedarfsgerechten Förderung der Integrationsarbeit für geflüchtete Menschen](#)

## [Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft](#)

### **Förderauftrag „Engagiert in BW“**

Mit der Erarbeitung der Engagementstrategie Baden-Württemberg wurde ein wichtiger Prozess der Fortentwicklung der Engagementpolitik im Land angestoßen. Ein Schwerpunkt bei der Umsetzung der Landesengagementstrategie (LES) lag von Juli 2015 bis Ende 2017 darin, Maßnahmen im Rahmen von „Gemeinsam sind wir bunt“ vor Ort weiter voranzubringen und abzuschließen. Dabei sollte den Menschen die Chance gegeben werden, in ihrem Umfeld Engagement-Räume zu entwickeln. Zahlreiche Projekte befassten sich mit dem Thema „**Qualifizierung im Ehrenamt**“ oder damit, Menschen für ein dauerhaftes Engagement zu gewinnen („**Gewinnungsvorhaben**“). Beides sind wesentliche Punkte der LES.

Der Förderaufruf knüpft an das Programm „Gemeinsam sind wir bunt“ an und rückt gleichzeitig neue Schwerpunkte in den Fokus. Strategische Ziele der LES, wie die Stabilisierung der vorhandenen Strukturen und das Ermöglichen von Engagement in allen Bevölkerungsgruppen sollen dabei verfolgt werden.

[Weiterlesen...](#)

[Download Förderaufruf und Antrag](#)

### [Pressekonferenz zur Errichtung von AnkER-Zentren in Baden-Württemberg am 09.08.2018](#)

Anlässlich der aktuellen Entwicklungen und der Diskussion um die Einrichtung von AnkER-Zentren verfasste die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg ein Positionspapier. Dieses wurde am 09.08.2018 im Rahmen einer Pressekonferenz MedienvertreterInnen präsentiert.

Weitere Informationen:

[POSITIONSPAPIER](#)

[PRESSEMELDUNG](#)

[FERNSEHBERICHT ARD-MEDIATHEK](#)



Von links nach rechts:

Beate Deckwart-Boller, Einrichtungsleitung der Unabhängigen Verfahrens- und Sozialberatung Erstaufnahme Karlsruhe, Caritas / Diakonie Karlsruhe;  
 Jürgen Blechinger, Vorsitzender Liga-Ausschuss Migration; Elif Polat, Referentin, Liga-Geschäftsstelle; Reinhold Schimkowski, Liga-Vorsitzender; Svenja Hasenberg, Referentin, DER PARITÄTISCHE Baden-Württemberg e.V.

### [AWO lehnt soziales Pflichtjahr ab](#)

**Berlin, 25 September 2018.** Auf Einladung des Bundesgesundheitsministers trafen sich heute 18 Sozial- und Wohlfahrtsverbände zum Austausch über einen allgemeinen Pflichtdienst. Der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler erklärt dazu:

„Auch wenn die AWO ganz entschieden gegen jeden Pflichtdienst ist, ist sie der Einladung des Bundesgesundheitsministers gerne nachgekommen. Wir begrüßen grundsätzlich jede Debatte darüber, wie wir gemeinsam zu mehr sozialem Zusammenhalt und Teilhabe beitragen können. Ein Pflichtdienst, der junge Menschen in erster Linie zu billigen Arbeitskräften macht, hilft hier ganz sicher nicht.

Junge Menschen können nicht das strukturelle Fachkräfteproblem der Pflege lösen. Dazu bedarf es in erster Linie besserer Arbeitsbedingungen. Dennoch freut es uns, dass das Thema Engagement auf der höchsten politischen Ebene angekommen ist. Die Bürgerinnen und Bürger – gerade junge Menschen – sind bereit, sich einzubringen und sich zu engagieren.

Möchte man mehr engagierte junge Frauen und Männer benötigt man attraktivere Rahmenbedingungen. Wir fordern zum Beispiel kostenfreie Nahverkehrstickets für alle, die einen Freiwilligendienst leisten und eine klare Berücksichtigung eines Freiwilligendienstes bei der Vergabe von Studienplätzen. Denn klar ist, Engagement muss belohnt werden.“

### [Gute-Kita-Gesetz – Bund muss stärker in die Pflicht](#)

**Berlin, 19. September 2018.** Das Bundeskabinett hat heute das sogenannte Gute-Kita-Gesetz verabschiedet. „Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, dass es um die frühkindliche Betreuung in Deutschland nicht zum Besten steht. Von daher ist jedes Gesetz, das auf Verbesserungen abzielt, zu begrüßen“, erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler, fügt aber hinzu: „Leider wird es diesem Gesetz nicht gelingen, die frühkindliche Bildung flächendeckend zu verbessern.“ Nach Meinung der AWO müssten dafür in Sachen Finanzierung mindestens die Beschlüsse der Jugend- und Familienministerkonferenz umgesetzt werden. Im aktuellen Gesetzentwurf gibt der Bund seine finanziellen Zusagen nur bis zum Jahr 2022. „Der Bund muss in die Pflicht und dauerhaft Gelder in die gesellschaftlich so wichtige Aufgabe der Kinderbetreuung investieren“, betont der AWO Bundesvorsitzende.

[Weiterlesen...](#)

## Gemeinsamer Aufruf: „Hände weg von den Rentenbeiträgen für pflegende Rentner\*innen“

**Berlin, 14. September 2018.** Gemeinsam fordern AWO Bundesverband, Caritas Deutschland, Diakonie Deutschland, Paritätischer Gesamtverband, Ver.di, und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland den

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn auf, die geplante Gesetzesänderung, die zu einer finanziellen Benachteiligung pflegender Rentnerinnen und Rentner führt, zurückzunehmen. Bisher können gerade die Bezieherinnen und Bezieher kleiner Renten ihre Bezüge etwas aufbessern, wenn sie Angehörige pflegen. Dazu erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler: „Die pflegenden Angehörigen sind der größte Pflegedienstleister der Republik. Viele von ihnen sind bereits selber schon im Rentenalter. Dass sie durch ihre Pflege finanziell etwas bessergestellt werden, sollte selbstverständlich sein. Deshalb fordert die AWO Hände weg von den Rentenbeiträgen für pflegende Rentnerinnen und Rentner.“

[Aufruf](#)

## Tag der berufstätigen Eltern – AWO fordert mehr Respekt und Unterstützung für berufstätige Alleinerziehende

**Berlin, 14. September 2018.** Anlässlich des Tages der berufstätigen Eltern am 16. September möchte die AWO allen Müttern und Vätern ihre Anerkennung und ihren Dank aussprechen. In diesem Sinne erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler: „Tagtäglich werden in Familien vielfältige Leistungen erbracht, die für den Zusammenhalt und die Zukunft unserer Gesellschaft grundlegend sind. Besonders gefordert sind Eltern, die jeden Tag ihre Familie mit einer Berufstätigkeit zu vereinbaren zu versuchen. Für alleinerziehende Berufstätige ist die Situation am schwierigsten. Sie verdienen nicht nur unseren Respekt, sondern benötigen gezielte Unterstützung.“

[Weiterlesen...](#)

## AWO fordert Rückkehr zum Modell der lebensstandardsichernden Rente

**Berlin, 13. September 2018.** Anlässlich der Studienergebnisse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und der aktuellen Diskussionen um die wachsende Rentenlücke erklärt der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler:

„Wir brauchen einen Wiedereinstieg in die lebensstandardsichernde Rente. Es wird immer klarer, dass der Ausstieg aus diesem Modell vor mehr als 15 Jahren ein Fehler war. Der Abbau des Rentenniveaus trifft nicht nur Geringverdiener, sondern alle Versicherten. Viele können die wachsende Rentenlücke nicht mit einer Riesen-Rente oder einer Betriebsrente kompensieren. Ihnen fehlen entweder das Geld oder attraktive und transparente Angebote. Wer den Ausgleich der Rentenlücke nicht schafft, muss sich im Alter auf harte Einschnitte beim Lebensstandard und schlimmstenfalls auf Altersarmut gefasst machen.“

Die vor 15 Jahren propagierte Lebensstandardsicherung aus drei Säulen, nämlich aus gesetzlicher Rente, Riesen-Rente und Betriebsrente, ist für die allermeisten Versicherten eine Fiktion geblieben. Die Zusatzvorsorge



kann eine starke gesetzliche Rente ergänzen, sie kann sie aber nicht ersetzen. Die Politik steht in der Verantwortung, dies zu erkennen und den Menschen ein realistisches Angebot auf eine Lebensstandardsicherung im Alter zu machen. Mit der doppelten Haltelinie ist ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. Die Bundesregierung muss jetzt den Weg für eine langfristige Verbesserung des Rentenniveaus ebnen.“

### [AWO fordert Mietpreisbremse dringend zu reformieren](#)

**Berlin, 04. September 2018.** Auf der morgigen Tagesordnung des Bundeskabinetts steht die Verschärfung der Mietpreisbremse. Wie nötig das ist, zeigen die heutigen Angaben des Statistischen Bundesamtes zur Zahl der Wohngeldempfänger. Demnach benötigen fast 600.000 Haushalte staatliche Unterstützung, um ihre Miete bezahlen zu können. Dazu erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler: „Wohnen ist ein Grundbedürfnis aller, doch die eigene Miete zahlen, können offensichtlich immer weniger Menschen. Ohne eine funktionierende Mietpreisbremse wird die Zahl derjenigen, die Wohngeld benötigen immer weiter steigen. Die AWO fordert vor allem drei Maßnahmen gegen die Wohnungsnot: ein höheres Wohngeld, eine wirksamere Mietpreisbremse und einen verstärkten sozialen Wohnungsbau.“

[Weiterlesen...](#)

### [Ausbildungsstatistik – Mehr geflüchteten Jugendlichen Ausbildung ermöglichen](#)

**Berlin, 15. August 2018.** Die heute vom statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zur Berufsausbildungsstatistik zeigen, dass die Zahl Auszubildender mit Fluchterfahrung deutlich gestiegen ist. „Das sind zunächst einmal erfreuliche Nachrichten, allerdings könnten die Zahlen deutlich höher liegen, wenn Arbeitgeber die Sicherheit hätten, dass Auszubildende nicht während oder direkt nach der Ausbildung abgeschoben werden können“, zeigt sich der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler überzeugt und ergänzt: „Die AWO fordert eine Bleibegarantie für Auszubildende.“ Auch in Sachen Bleibeperspektive sieht die AWO dringenden Handlungsbedarf. „Es gibt keine bessere Bleibeperspektive als eine Ausbildung“, betont der AWO Bundesvorsitzende.

[Weiterlesen...](#)

## DER PARITÄTISCHE

### [Aus der Jugendhilfe in ein eigenständiges Leben](#)

#### **Projekt „Care Leaver – Wege in die Selbstständigkeit“**

Stuttgart 25.09.2018 Der Übergang in das junge Erwachsenenleben ist für den weiteren Lebensweg von Jugendlichen entscheidend. Häufig werden jedoch diejenigen abgehängt, die in Heimen oder Pflegefamilien aufgewachsen sind, sogenannte Care Leaver. Mit Eintritt der Volljährigkeit und spätestens mit Vollendung des 21. Lebensjahres haben sie keinen Rechtsanspruch mehr auf solche Jugendhilfeangebote. Sie sind ganz auf sich allein gestellt, was den Weg in die Selbstständigkeit erheblich erschwert. Im Projekt „Care Leaver – Wege in die Selbstständigkeit“ der Martin-Bonhoeffer-Häuser in Tübingen und des Albert-Schweitzer-Kinderdorfs in Waldenburg wurde zusammen mit Care Leavern Konzepte für ein Übergangsmangement von der Jugendhilfe in die Selbstständigkeit erarbeitet, diskutiert und erprobt. Das Projekt läuft drei Jahre (2016 – Januar 2019) und wird von Aktion Mensch gefördert.

[Weiterlesen...](#)

### [Bundesweiter Aktionstag der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer \(MBE\) am 20.09.2018](#)

#### **PARITÄTISCHER fordert stärkere Einbindung der Migrationsberatung in das Integrationsmanagement der Kommunen**

Stuttgart 20.09.2018 Zum heutigen Aktionstag der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) fordert der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg, die seit Jahren bewährte, integrationsfördernde Arbeit der Migrationsberatung stärker mit dem Integrationsmanagement in den Kommunen zu verzahnen. Nur so könne bei der Integration von Geflüchteten und Zuwanderern das breite Spektrum an Beratungsbedarf gedeckt und Doppelstrukturen vermieden werden. Aufgrund des ständig steigenden Zulaufs müsse der Bund die Haushaltsmittel 2019 für Migrantenberatungsstellen deutlich aufstocken.

„Die Einführung von Integrationsmanager/innen im Land darf nicht dazu führen, dass die bewährte und erfolgreiche Beratungstätigkeit von Migrantenberatungsstellen in den Hintergrund gedrängt wird. Vielmehr können nur beide gemeinsam dem steigenden und umfassenden Beratungs- und Unterstützungsbedarf vor allem von Geflüchteten gerecht werden“, betont Svenja Hasenberg, Referentin für Migration beim PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg. „Die Migrationsberatung trägt wesentlich zu einer gelingenden Integration von Zuwanderern bei. Eine bessere finanzielle Förderung der Migrationsberatung ist deshalb gleichzeitig eine Investition für eine vielfältige Gesellschaft und gegen Rechtstextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die in letzter Zeit in unserer Gesellschaft wieder präsenter wird“, so Hasenberg weiter.

[Weiterlesen...](#)

## „Pakt für gute Bildung und Betreuung“: Der PARITÄTISCHE warnt vor Parallelstrukturen und fordert eine vom Land finanzierte, flächendeckende Fachberatung

Stuttgart 13.08.2018 Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg sieht beim geplanten „Pakt für gute Bildung und Betreuung“ des Landes Nachbesserungsbedarf. Das geplante „Forum frühkindliche Bildung“ und die „inklusive Betreuung“ darf nicht zu Parallelstrukturen bei der Beratung und Begleitung von Kindertageseinrichtungen führen. Der Verband fordert stattdessen eine vom Land finanzierte, alle Themenbereiche in der Kita umfassende Fachberatung. Dieser Aspekt müsse bei den Detailverhandlungen zum „Pakt für gute Bildung und Betreuung“ nach der Sommerpause berücksichtigt werden. In diese sollten nicht wie bisher nur die kommunalen Landesverbände und die 4-Kirchen-Konferenz eingebunden werden, sondern alle Verbände der freien Träger für Kindertagesbetreuung.

[Weiterlesen...](#)

Dazu: [Positionierung des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg zum „Pakt für gute Bildung und Betreuung“](#)

## Riesiger blauer Würfel auf Bismarckplatz kündigt Freiwilligentag am 15. September an

### **30 Projektanbieter in Heidelberg suchen freiwillige Helferinnen und Helfer**

Einen Tag helfen und damit Gutes tun – beim Freiwilligentag am Samstag, 15. September 2018, haben Helferinnen und Helfer die Möglichkeit, an bislang 30 gemeinnützigen Projekten in Heidelberg mitzuwirken. Anlässlich der Aufstellung des riesigen blauen Freiwilligentag-Würfels auf dem Bismarckplatz sind die Heidelberger Projekte am Mittwoch, 25. Juli 2018, vorgestellt worden. Die Vielfalt der Angebote, für die noch Unterstützung gesucht wird, reicht von der Verschönerung der Gartenanlage des Mehrgenerationenhauses über die Unterstützung im Kleiderladen des Deutschen Roten Kreuzes und Hilfe bei einem Fest in einem Seniorenzentrum bis hin zum Testen eines Routenplaners für Mobilitätseingeschränkte. Der blaue Würfel trägt die Botschaft „Wir schaffen was“ und wird bis zum Aktionstag stehen bleiben. Er soll Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme am Freiwilligentag der Metropolregion Rhein-Neckar animieren. Bislang haben sich in Heidelberg bereits rund 280 Helferinnen und Helfer angemeldet. In den derzeit 30 Projekten könnten sich insgesamt bis zu 570 Freiwillige engagieren – für Interessierte sind also noch ausreichend Plätze frei.

[Weiterlesen...](#)

[Heidelberger Projekte beim Freiwilligentag 2018.pdf](#)

# DIAKONIE BADEN

## „Einfach ein gutes Gefühl“

### **6. Stiftungsforum Kirche und Diakonie in Baden**

„Es ist das Treffen der Guten“, sagen die Organisatoren des 6. Stiftungsforums von Evangelischer Kirche und Diakonie in Baden. Stiftungen helfen jedes Jahr unzähligen Menschen. Das Treffen in Karlsruhe am 27. September ist Gelegenheit, sich auszutauschen, voneinander zu lernen, in Zukunft noch besser zu werden.

Das Stiftungsforum steht unter dem Motto „Werte wirken weiter“. Stifter und Stifterinnen haben das Ziel, zeitlos und uneigennützig den eigenen Erfolg zu teilen und benachteiligte Menschen zu fördern oder ihnen zu helfen.

[Weitere Informationen...](#)

## „Richtig gut – aber nur auf den ersten Blick“

### **Diakonie Baden zum Gute-Kita-Gesetz**

Das Diakonische Werk Baden begrüßt das Gute-Kita-Gesetz der Bundesregierung, sieht aber Bedarf für weitergehende Maßnahmen. Vorstandsvorsitzender Urs Keller nannte das Gesetz einen Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Die genaue Verwendung der Gelder müsse aber konkretisiert werden.

Der badische Diakoniechef lobte den Gesetzentwurf als Entlastung für Familien mit geringen Einkommen. Die Gebühren an die Einkommen zu koppeln, sei eine grundlegende Reform der bestehenden Finanzierungsregelung. Dies werde aber auch viel Geld kosten. Keller warnte, nur auf die Senkung der Gebühren zu achten und dabei die Qualität der Betreuung außer Acht zu lassen.

[Weiterlesen...](#)

## Starkes Engagement für die Hospizarbeit

### **Diakonie Baden zum Aktionsplan der Landesregierung**

Das Diakonische Werk Baden begrüßt die jüngsten Verbesserungen der baden-württembergischen Landesregierung im Bereich der Hospiz- und Palliativversorgung. Die finanzielle Förderung sei bitter nötig. Die Regierung setze mit ihrem Aktionsplan langjährige Forderungen auch der Diakonie um.

Jetzt müsse es darum gehen, die Rahmenbedingungen für die hospizliche und palliative Versorgung in den stationären Pflegeeinrichtungen durch eine angemessene Refinanzierung der Sterbebegleitung weiter zu verbessern. Sterbende Menschen und ihre Angehörigen brauchen eine fachlich kompetente und würdevolle Begleitung am Lebensende.

Der Aktionsplan zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung stellt mehr als 1,3 Millionen Euro zur Verbesserung der wohnortnahen Hospiz- und Palliativversorgung im Land bereit. Nach eigenen Angaben fördert Baden-Württemberg als erstes Bundesland die Teilnahme an Weiterbildungskursen in der Trauerbegleitung. Weitere Maßnahmen des Aktionsplans seien unter anderem die Stärkung der Palliativkompetenz in

Einrichtungen der Altenhilfe, die Förderung stationärer Hospize sowie Projekte zur Verbesserung der Palliativversorgung von Kindern und zur Information der Bürger.

Das Diakonische Werk Baden stärkt mit Fachtagen, Bildungsmaßnahmen, Beratung und Vernetzung sowohl die ambulante als auch die stationäre Hospiz- und Palliativversorgung in diakonischen Einrichtungen.

## Gegen irrationale Stimmungsmache

### **Videoblog der Diakonie Baden**

In Deutschland geht es immer weniger um differenzierte Problemlösung und viel mehr um das Erzeugen pauschaler Stimmungen. Der Vorstandsvorsitzende der Diakonie Baden, Urs Keller, spricht von einem Erregungshype. Das konstruktive Arbeiten an Lösungen gerate dadurch in den Hintergrund.

Keller kritisiert, auch die Politik bediene diesen Erregungshype, der sich dann manchmal auch auf der Straße Luft verschaffe. Der badische Diakoniechef mahnt deshalb einen breiten Konsens der gesellschaftlichen Kräfte an, Stimmungsmache zu begegnen und Demokratie zu stärken durch Beteiligung und konstruktive Kritik.

Einmal im Monat spricht Keller, zu einem wichtigen sozialpolitischen Thema unserer Gesellschaft. In einer kurzen Video-Botschaft bezieht er Position.

Den aktuellen Videoblog finden Sie unter <https://youtu.be/gwb57we0oqY>

## Einzigartiges Angebot

### **Diakonie Baden unterstützt verschuldete Menschen**

Mit einem neuen Angebot unterstützt das Diakonische Werk Baden von Verschuldung betroffene Menschen und deren Schuldnerberater. Ein Verschuldungslexikon gibt jetzt online Orientierungshilfen. <https://www.diakonie-baden.de/verband-uebersicht/soziale-arbeit/schuldnerberatung/>

Das Lexikon gibt optisch ansprechend eine Erklärung aller themenrelevanten Begriffe. Übersichtlich und in einfacher Sprache hilft es, sich in einer schwierigen und hochkomplexen Materie zu orientieren. Betroffene können verstehen, in welcher schwieriger Lage sie sind. Das hilft, künftiges Handeln zu optimieren und ermöglicht eine erfolgreiche Schuldnerberatung. Der Service des Verschuldungslexikons ist für mobile Endgeräte optimiert. Inhaltlich orientiert er sich an den Erfahrungen der Beratungspraxis. Insofern ist das Lexikon auch Unterstützung für die meist ehrenamtlichen Schuldnerberater.

Das Verschuldungslexikon ist als Online-Angebot bislang einzigartig. Es ist die Antwort auf den ständig wachsenden Bedarf an Informationen rund um das Thema Schulden. Das Projekt konnte aufgrund der finanziellen Förderung aus Mitteln der Glücksspirale realisiert werden.

## Jahresbilanz Brot für die Welt

### **Rekordsumme aus Baden**

Das Diakonische Werk Baden und die Bürgerinnen und Bürger aus Baden haben 2017 mehr als 4,6 Millionen Euro an Brot für die Welt überwiesen. Das ist eine Steigerung um rund 100.000 Euro im Vergleich zum Jahr 2016 und das beste Ergebnis seit drei Jahren. Aus dem Bereich der vergleichsweise kleinen badischen Landeskirche kommt damit ein nicht unwesentlicher Teil der Spenden und Kollekten für das Evangelische Hilfswerk.

Zusammen mit den Spenden und Kollekten standen Brot für die Welt insgesamt mehr als 282 Millionen Euro zur Verfügung. Die Gelder werden eingesetzt im weltweiten Kampf gegen Armut, Hunger und Ungerechtigkeit. Weltweit wurden im vergangenen Jahr 680 Projekte neu bewilligt. Regionaler Schwerpunkt war Afrika. Die Ausgaben für Werbung und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit lagen bei 2,7 Prozent, für Verwaltung bei 6,1 Prozent.

Brot für die Welt arbeitet in mehr als 90 Ländern mit lokalen Partnern zusammen. Das evangelische Hilfswerk wurde 1959 gegründet und unterstützt Menschen unabhängig von ihrer Volks- oder Religionszugehörigkeit.

## Asylpolitik statt Mitmenschlichkeit

### **Videoblog der Diakonie Baden**

Seit August ist in Deutschland Familiennachzug für Flüchtlinge wieder möglich - aber nur begrenzt. Der Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Baden, Urs Keller, mahnt: Nächstenliebe müsse für jeden gelten, der in Not ist. Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe seien Werte, die verteidigt werden müssten.

Einmal im Monat spricht Keller, zu einem der wichtigen sozialpolitischen Themen unserer Gesellschaft. In einer kurzen Video-Botschaft bezieht er Position.

In seinem aktuellen Videoblogs mahnt der badische Diakonie-Chef, Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe seien Werte, die verteidigt werden müssten. Es drohe eine Verschiebung der Werte. Asylpolitik und Mitmenschlichkeit gerieten in Gegensatz zueinander. Den Videoblog finden Sie unter <https://youtu.be/lIXS7332Lik>

# DIAKONIE WÜRTTEMBERG

## [Philippinen: Hilfe für Taifun-Opfer läuft an](#)

### **Diakonie Katastrophenhilfe ruft zu Spenden auf**

**Stuttgart, 18. September 2018.** Nachdem Taifun Mangkhut im Norden der Philippinen auf Land getroffen ist, hat die Diakonie Katastrophenhilfe mit ihrem lokalen Partner begonnen, Nothilfe für die betroffene Bevölkerung zu leisten. Die Diakonie Württemberg ruft zu Spenden angesichts dieser Naturkatastrophe auf. „Der Taifun hat die Philippinen schwer getroffen und vielerorts zu starken Regenfällen und Erdbeben geführt. Die Menschen brauchen ganz schnell Hilfe“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, Landesstelle der Diakonie Katastrophenhilfe.

Mangkhut ist der 15. und bislang stärkste Taifun, der die Philippinen in diesem Jahr getroffen hat. Bislang wird von 28 Todesopfern berichtet. Insbesondere durch Sturzfluten, Überschwemmungen und Erdbeben hat der Sturm im Norden der Hauptinsel Luzon schwere Schäden verursacht. In den betroffenen Regionen leben etwa sechs Millionen Menschen. Der Norden der Philippinen ist eine arme Region, in der die Menschen vor allem von ihrer Landwirtschaft leben. Es wird befürchtet, dass Mangkhut große Teile der Ernten zerstört hat.

Schon vergangene Woche hat die Partnerorganisation der Diakonie Katastrophenhilfe Mitarbeiter in die betroffenen Regionen entsandt. Dadurch konnte die Hilfe vor Ort sofort beginnen.

Die Diakonie Katastrophenhilfe bittet um Spenden

Diakonie Katastrophenhilfe, Berlin

Evangelische Bank,

IBAN: DE68 5206 0410 0000 5025 02

BIC: GENODEF1EK1

Stichwort: Taifunhilfe Philippinen

## [Württembergisches Wort zur Interkulturellen Woche 2018: „Vielfalt verbindet“](#)

### **Landeskirche und Diakonie: Europa muss Verantwortung übernehmen**

**Stuttgart, 6. September 2018.** Mit einem Württembergischen Wort nehmen die Evangelische Landeskirche und das Diakonische Werk Württemberg die bundesweite Interkulturelle Woche **vom 22. bis 28. September 2018** auf. Die Interkulturelle Woche steht unter dem Motto „Vielfalt verbindet.“ Zu dieser Initiative rufen die Kirchen bundesweit auf.

„Die Interkulturelle Woche bietet die Chance, Räume des Austausches und der Verständigung zu schaffen. Diese Chance gilt es zu nutzen, um darüber nachzudenken, wie wir Vielfalt gemeinsam leben und in gegenseitigem Respekt gestalten wollen“, sagen die Oberkirchenräte der württembergischen Landeskirche Ulrich Heckel und Dieter Kaufmann.

[Weiterlesen...](#)

## „Ohne Spurwechsel verschenken wir Potenzial“

### **Oberkirchenrat Kaufmann beim Sommerbesuch in der LEA Ellwangen**

**Sprachkurs, Ausbildungsvertrag, ein Stammplatz im lokalen Fußballverein – dann die Ablehnung des Asylanspruchs. Ein Spurwechsel in der Flüchtlingspolitik, der gut integrierten Asylsuchenden eine Bleibeperspektive eröffnet, verhindert nach Ansicht von Oberkirchenrat Dieter Kaufmann weiteres Verschenken von Potenzialen. Beim Besuch der Landeserstaufnahmestelle (LEA) Ellwangen hat sich Kaufmann ein Bild von der aktuellen Situation vor Ort gemacht.**

**Stuttgart/Ellwangen, 31. August 2018.** Aktuelle Themen und Fragestellungen der Erstaufnahme von Flüchtlingen und die Bleibeperspektiven für Flüchtlinge in Ausbildung und Arbeit kam beim Sommerbesuch von Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, in der LEA Ellwangen vielfach zur Sprache. „Dass ein nachweislich gut integrierter Flüchtling trotzdem in Unsicherheit leben muss, sein hier aufgebautes Leben weiter zu führen, darf nicht sein.“, so Kaufmann.

[Weiterlesen...](#)

## Positive Arbeitsmarktentwicklung mit Schattenseiten

- Rund 105.000 Beschäftigte mehr, aber nur 18.143 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr
- 279.891 Unterbeschäftigte zeigen das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit an.
- 55.289 Personen haben ihre Arbeitslosigkeit beendet, aber nur 17.449 Personen konnten in eine Erwerbstätigkeit am allgemeinen Arbeitsmarkt übergehen.

**Stuttgart, 30. August 2018.** Fast alle Kennziffern des Arbeitsmarkts weisen eine positive Tendenz aus, dennoch hat die Entwicklung auch Schattenseiten. Der Bericht der Arbeitsagentur gibt an, dass im Jahresverlauf ca. 105.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in Baden-Württemberg geschaffen wurden. Hieraus leiten sich die positiven Arbeitsmarktdaten ab, wobei die Arbeitslosigkeit nur mit einem Rückgang von 18.143 an diesem Beschäftigungsaufbau beteiligt ist.

Mehr Arbeitsverhältnisse bedeuten aber nicht unbedingt mehr Arbeit. Der Beschäftigungsaufbau ist vor allem ein Aufbau von Teilzeitarbeitsverhältnissen. Die Zahl der Erwerbstätigen und vor allem der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten spiegelt sich nicht gleichermaßen in der gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeit wider. Das Statistische Landesamt stellt eine Abnahme der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen in Baden-Württemberg von 1.426 Stunden im Jahr 2000 auf 1.355 Stunden im Jahr 2016 fest. Auch 2017 ist die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen um 0,3 Prozent gesunken. Während die Gesamtzahl der Arbeitnehmer sich um nur 1,8 Prozent erhöhte, stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 4 Prozent auf einen Anteil von 25,5 Prozent an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

[Weiterlesen...](#)



## Spenden für Brot für die Welt bleiben stabil

Evangelisches Hilfswerk legt Jahresbilanz vor – 8.358.860 Euro Spenden aus Württemberg

**Stuttgart, 9. August 2018.** Brot für die Welt hat im vergangenen Jahr Spenden in Höhe von 8.358.860 Euro aus Württemberg erhalten. In dieser Summe sind alle Kollekten und Spenden aus der Region enthalten. Die Spendensumme ist mit 388.569 Euro zwar etwas weniger als im Vorjahr, bundesweit haben Spenderinnen und Spender die Arbeit von Brot für die Welt jedoch mit mehr als 61,8 Millionen Euro unterstützt. Das ist ein leichtes Plus im Vergleich zu 2016 (61,7 Mio. Euro). „Allen, die dazu beigetragen haben, uns in der weltweiten Arbeit gegen Hunger, Armut und Ungerechtigkeit unterstützen, danke ich herzlich. Wir freuen uns sehr, dass Sie Brot für die Welt auch 2017 ihr Vertrauen geschenkt haben. Mit ihren Spenden legen sie das Fundament dafür, dass Millionen Menschen in mehr als 90 Ländern Wege aus Armut und Not finden“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg.

Brot für die Welt arbeitet weltweit mit lokalen Partnerorganisationen zusammen. Im vergangenen Jahr wurden 680 Projekte neu bewilligt, davon mit 237 die meisten in Afrika. Im Zentrum stehen langfristige Maßnahmen, die Hunger und Mangelernährung überwinden, Bildung und Gesundheit fördern, Zugang zu sauberem Wasser schaffen, die Achtung der Menschenrechte und Demokratie stärken und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen unterstützen.

Brot für die Welt wurde 1959 gegründet. Das weltweit tätige Hilfswerk der evangelischen Landes- und Freikirchen fördert heute in mehr als 90 Ländern Projekte zur Überwindung von Hunger, Armut und Ungerechtigkeit.

## Freie Ausbildungsstellen in der Hauswirtschaft für diesen Herbst

**Stuttgart, 9. August 2018.** Die Diakonie Württemberg wirbt für die duale Ausbildung zur Hauswirtschafterin und zum Hauswirtschafter. Für diesen Herbst gibt es noch freie Ausbildungsplätze in ganz Baden-Württemberg.

Über das JOBSTARTERplus-Projekt „oikos – Ausbildungsoffensive Hauswirtschaft“ wirbt die Diakonie für einen „Beruf mit Sinn und für die Sinne“. Kreativität in Küche und Gestaltung sind genau so wichtig wie die ordentliche Kalkulation, Qualität und Organisation der hauswirtschaftlichen Dienstleistungen sowie Einfühlungsvermögen. Die Aufgaben sind vielfältig: Betreuung, Reinigung, Wäschepflege, Nahrungszubereitung und Service sind nur ein Ausschnitt aus dem Alltag von Hauswirtschafterinnen und Hauswirtschaftern.

[Weiterlesen...](#)

## [Neuer Landespsychiatrieplan kann auf Sozialpsychiatrische Zentren setzen](#)

### **Diakonie begrüßt Stärkung und fordert bessere finanzielle Ausstattung**

Der neue Landespsychiatrieplan sieht vor, Menschen mit einer psychischen Erkrankung wohnortnah zu unterstützen und zu begleiten. Das leisten die Sozialpsychiatrischen Dienste der Diakonie seit vielen Jahren. „Mit der neuen Regelung werden die Aufgaben der Dienste ausgeweitet, was wir begrüßen. Wir brauchen aber eine bessere finanzielle Ausstattung, um die gesetzlichen Anforderungen in vollem Umfang erfüllen zu können“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg.

[Weiterlesen...](#)

## CARITAS FREIBURG

### [Caritas bittet um Spenden](#)

#### **Sammelwoche vom 22. bis 30. September steht unter dem Motto „Hier und jetzt helfen.“**

Freiburg (cpi). Vom 22. bis 30. September bittet die Caritas in der Erzdiözese Freiburg die Bevölkerung um Unterstützung für benachteiligte Menschen. Die Sammelwoche steht unter dem Leitwort „Hier und jetzt helfen“. Damit sie auf aktuelle Bedarfe und Notlagen reagieren kann, ist die Caritas auf Spenden angewiesen. „Not ist kein abstrakter Begriff“, sagt Diözesan-Caritasdirektor Thomas Herkert. Wer die Gesellschaft wach und realistisch in den Blick nehme, so Herkert, für den bekämen existenzielle Nöte und konkrete Hilfsbedürftigkeit Gesichter und zeigten sich in den Lebensumständen vieler Menschen: „Wenn das Einkommen einer Familie nicht mehr ausreicht, um das Nötigste zu beschaffen. Wenn Arbeit verloren geht. Wenn Einsamkeit, Krankheit oder einfach das Alter Beziehungsnetze zerreißen.“

[Weiterlesen...](#)

# CARITAS ROTTENBURG-STUTTGART

## [Caritas bittet um Spenden](#)

### **„Kinderarmut wohnt nebenan“: Sammelwoche vom 22. bis 30. September**

Stuttgart, 18. September 2018 – Vom 22. bis 30. September 2018 wirbt die Caritas Rottenburg-Stuttgart um finanzielle Unterstützung für Menschen, die in schwierigen Lebenslagen Hilfe benötigen. Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums steht die Caritas-Sammlung in diesem Jahr unter dem Motto „Kinderarmut wohnt nebenan“. Die Caritas rückt damit besonders die Situation von benachteiligten Kindern in den Mittelpunkt, denn im reichen Baden-Württemberg ist jedes 5. Kind von Armut bedroht.

[Weiterlesen...](#)

## [Freiwilligendienste starten ins neue Kursjahr](#)

### **904 junge Menschen beginnen ihr freiwilliges Jahr**

Wernau / Ravensburg / Rottweil / Ulm Das Freiwillige Soziale Jahr, der Bundesfreiwilligendienst und das Freiwillige Ökologische Jahr sind in der Diözese Rottenburg-Stuttgart weiterhin ein gefragter Schritt nach dem Schulabschluss. Die Freiwilligendienste DRS gGmbH hat noch Plätze frei.

„Der Freiwilligendienst ist eine sinnvoll investierte Zeit und kann einem persönlich viel bringen“, meint Petra Honikel, Geschäftsführerin der Freiwilligendienste DRS gGmbH. Zahlreiche junge Menschen wollen sich sozial engagieren und nutzen das Jahr, um sich beruflich zu orientieren und praktische Erfahrungen zu sammeln.

Insgesamt leisten 838 der Freiwilligen ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) oder einen Bundesfreiwilligendienst (BFD). Vier Geflüchtete engagieren sich über das Programm „perspective“ in sozialen Einrichtungen. Von den 60 Plätzen im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) sind mit 59 fast alle belegt. Außerdem beginnen drei Freiwillige über den Träger einen Europäischen Freiwilligendienst in Italien.

Der September läutet das neue Kursjahr im Freiwilligendienst ein. Über die Freiwilligendienste DRS gGmbH ist der Einstieg in ein FSJ jeden Monat möglich. Wer sich im Freiwilligendienst engagieren will, findet aktuell freie Stellen im FSJ und BFD auf „[ich-will-fsj.de](#)“ und im FÖJ auf „[ich-will-foej.de](#)“. Interessierte können sich dort informieren und direkt bei einer Einrichtung bewerben.

[Weiterlesen...](#)

## [Caritas Baden-Württemberg schreibt 30. Journalistenpreis aus](#)

### **Preisgeld von 6.000 Euro – Einsendeschluss ist 1. November 2018**

Stuttgart/Freiburg, 31. August 2018 - Zum 30. Mal vergeben die beiden Diözesan-Caritasverbände Rottenburg-Stuttgart und Freiburg den Caritas-Journalistenpreis. Ausgezeichnet werden Autorinnen und Autoren, die über soziale Themen berichten. Mit ihrer Arbeit halten sie in unserer Gesellschaft ein Bewusstsein lebendig, in welchen vielfältigen Notlagen sich Menschen befinden. Medienschaffende sensibilisieren mit ihren Berichten

dafür, dass im reichen Baden-Württemberg viele Menschen von Armut bedroht sind und soziale Ausgrenzung erfahren. So tragen sie wesentlich dazu bei, dass sich Vorurteile gegenüber Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft leben, nicht verfestigen.

Mit dem Journalistenpreis 2018 vergibt die Caritas Baden-Württemberg insgesamt drei Preise, bestehend aus einem ersten und zwei zweiten Preisen. Das Preisgeld liegt bei insgesamt 6.000 Euro. Der Einsendeschluss für den Journalistenpreis ist der 1. November 2018. Die eingereichten Beiträge müssen einen Bezug zu Baden-Württemberg haben und in der Zeit vom 1. Oktober 2017 bis 30. September 2018 in einem Presseorgan abgedruckt, von einer Rundfunk- oder Fernsehanstalt ausgestrahlt oder in einem Online-Medium veröffentlicht worden sein. Über die Vergabe des Preises entscheidet eine fünfköpfige Jury bestehend aus Journalisten und Vertretern der Caritas. Die Preisverleihung erfolgt bei der Jahresauftaktveranstaltung der Caritas Baden-Württemberg am 6. Februar 2019 in Stuttgart.

[Weiterlesen...](#)

## [100 Jahre Adoptionsvermittlung: Frauen, die ihr Kind zur Adoption frei geben, sind keine Rabenmütter](#)

**Die Adoptionsberatung und -vermittlung der Caritas Rottenburg-Stuttgart wird 100 Jahre alt:**

**Adoption ist eine Form, Familie zu werden und zu leben**

Stuttgart, 28. August – War es richtig, mein Kind zur Adoption frei zu geben? Hätte ich es doch schaffen können, das Kind alleine groß zu ziehen – solche Fragen bewegen die meisten Mütter, die ihr Kind nach der Geburt zur Adoption frei gegeben haben. Meist müssen sie alleine mit ihrer Entscheidung zurechtkommen. Damit eine Adoption jedoch für das Kind, die leibliche Mutter und die Adoptivfamilie gut geht, beraten und begleiten die Caritas-Mitarbeiterinnen Elisabeth Renz und Sigrid Zwergal alle an der Adoption Beteiligten. Sie sind die Gesichter der Adoptionsberatung und -vermittlung der Caritas Rottenburg-Stuttgart, die in diesem Jahr 100 Jahre alt wird.

Auch Paare, die ein Kind adoptieren wollen, schätzen die umfassende Beratung und Begleitung. So Heike und Michael Baier (alle Namen geändert). Sie sind Anfang 2017 Eltern geworden und nennen es „Glück“, nun eine Tochter zu haben. Achtmal hatten sie versucht, über eine künstliche Befruchtung ein Kind zu bekommen. Sie zogen eine Adopton in Erwägung, wurden beim örtlich zuständigen Jugendamt aufgrund ihres Alters aber nicht als Bewerber aufgenommen. Bei der Adoptionsvermittlungsstelle der Caritas Rottenburg-Stuttgart fühlten sie sich schließlich angenommen. „Hier wurde uns unsere Hoffnung auf ein Kind nicht genommen“, so Heike Baier.

[Weiterlesen](#)

## Spender aus Württemberg unterstützen weltweit Menschen in Krisengebieten

### **Spender aus der Diözese Rottenburg-Stuttgart unterstützen Arbeit von Caritas international mit fast 2,3 Millionen Euro**

Stuttgart, 31. Juli – Mit fast 2,3 Millionen Euro haben Spender aus der Diözese Rottenburg-Stuttgart im Jahr 2017 die Arbeit von Caritas international unterstützt. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das Ergebnis ein Spendenplus von über 600.000 Euro. Die Caritas wertet das Spendenergebnis als Zeichen der Solidarität mit den Menschen weltweit. Mit den Geldern werden Menschen in Kriegs- und Krisengebieten in Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika unterstützt. Besonders viele Spenden gingen für die Hungerkrise Ostafrika (408.521 Euro), die Flüchtlingstragödie der Rohingya (123.196 Euro) sowie für die Nothilfe in Syrien/Irak (65.268 Euro) und im Jemen (62.559 Euro) ein. Damit verzeichnet Rottenburg-Stuttgart unter den 27 deutschen Bistümern den vierthöchsten Spendeneingang für die internationale Arbeit.

Der Caritasverband Rottenburg-Stuttgart und Caritas international bedanken sich herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern für dieses positive Spendenergebnis. „Nie zuvor waren so viele Menschen auf der Flucht wie 2017. Kriege, Dürre und Naturkatastrophen führen dazu, dass Menschen weltweit ihr Zuhause verlieren und in großer Not leben“, so Pfarrer Oliver Merkelbach, Caritasdirektor der Diözese Rottenburg-Stuttgart. „Welches unermessliche Leid diese Kinder und Erwachsenen durchmachen, ist für uns kaum vorstellbar. Caritas international unterstützt diese Menschen. Die Spenden sind ein wesentlicher Beitrag, um ihre Not zu lindern und machen die unverzichtbare Arbeit von Caritas international erst möglich. Allen Spendern sprechen wir unseren Dank aus für ihr Vertrauen in die Arbeit der Caritas.“

## DRK

### [Einladung zur 50. Landesversammlung des DRK-Landesverbands Baden-Württemberg e.V. am 29. September 2018](#)

Der DRK-Landesverband Baden-Württemberg e.V. führt am Samstag seine 50. Landesversammlung in Stetten am kalten Markt durch. In diesem Jahr stellen die rund 500 Delegierten aus 34 Kreisverbänden des Landesverbandes personell die Weichen für die nächsten Jahre: Auf der Tagesordnung stehen die Neuwahl von Präsidium, Schiedsgericht und Landesausschuss. Der bisherige Präsident Dr. Lorenz Menz kandidiert nach sechzehnjähriger Amtszeit nicht mehr. Als Gäste werden unter anderem der Staatssekretär im Innenministerium Wilfried Klenk und DRK-Generalsekretär Christian Reuter erwartet.

[Weitere Informationen...](#)

### [DRK warnt vor zahlreichen Härten durch die Umsetzung der Landesheimbauverordnung](#)

Eine Umfrage unter den stationären Pflegeeinrichtungen des DRK-Landesverbands Baden-Württemberg ergab, dass in Folge der Umsetzung der Landesheimbauverordnung ein Verlust von 13 Prozent der Pflegeplätze drohe – also 348 der 3.218 Pflegeplätze. Darüber hinaus prognostizieren die DRK-Einrichtungen einen durchschnittlichen Anstieg der Heimkosten um über 15 Prozent. Verbunden mit einem grundsätzlichen Bekenntnis zur Landesheimbauverordnung fordert der Verband eine Verlängerung der Übergangsfrist um weitere fünf Jahre.

[Weiterlesen...](#)

## TERMINE

### [Marktplatz „Inklusion leben“](#)

Donnerstag, 04. Oktober 2018 von 13:00 bis 18:00 Uhr  
Hospitalhof in Stuttgart

### [LAK Aktionswoche Armut bedroht Alle](#)

Montag, 15. Oktober bis Sonntag 21. Oktober 2018  
<http://www.armut-bedroht-alle.de/>

# IMPRESSUM

## Herausgeber:

Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V.

Stauffenbergstr. 3 in 70173 Stuttgart

Telefon: 0711 61967-0

E-Mail: [infodienst@liga-bw.de](mailto:infodienst@liga-bw.de) | [www.liga-bw.de](http://www.liga-bw.de)

## Redaktion:

Eva Weiser M.A.